



**Bekanntmachung über die genehmigungsfreie Zulässigkeit für ein
Vorhaben der Axalta Coating Systems Logistik Germany GmbH & Co. KG
in Wuppertal**

**Anzeige nach § 15 Abs. 1 und Abs. 2a BlmSchG zur störfallrelevanten
Änderung der Lager für Giftstoffe durch Austausch des
Schaumlöschmittels der Brandbekämpfungsanlagen
in Gebäude 266, 268a und 270**

Bezirksregierung Düsseldorf
53.04-0004728-0003-A15-0134/25

Düsseldorf, den 16.10.2025

Die Axalta Coating Systems Logistik Germany GmbH & Co. KG betreibt am Standort an der Märkische Straße 243 in 42281 Wuppertal eine nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BlmSchG) genehmigungsbedürftige Anlage, ein Lager für Giftstoffe. Die Genehmigungsbedürftigkeit der v. g. Anlage ergibt sich aus § 1 i. V. m. Nr. 9.3.1.30 des Anhangs 1 der Verordnung über genehmigungsbedürftige Anlagen (4. BlmSchV). Bei dem Betriebsgelände der Axalta Coating Systems Logistik Germany GmbH & Co. KG handelt es sich aufgrund des Vorhandenseins von gefährlichen Stoffen, die in Anhang 1 der Störfall-Verordnung (12. BlmSchV) genannten Mengenschwellen erreichen oder überschreiten, um einen Betriebsbereich der oberen Klasse gemäß § 3 Abs. 5a BlmSchG i. V. m. § 2 Nr. 2 der 12. BlmSchV. In dem Lager für Giftstoffe werden Stoffe gehandhabt, die dem Anwendungsbereich der Störfall-Verordnung unterliegen, so dass die Anlage sicherheitsrelevanter Teil des Betriebsbereiches ist.

Gegenstand der vorliegenden störfallrelevanten Änderung ist die Austausch des Schaumlöschmittels der Brandbekämpfungsanlagen in den Gebäuden 266, 268a und 270. Das PHAS-haltige Löschschaummittel wird ersetzt. Aufgrund der Eigenschaften des neu eingesetzten Löschschaummittel werden die betroffenen Brandbekämpfungsanlagen technisch umgerüstet.

Im Hinblick auf verursachte Geräuschemissionen, luftgetragene Emissionen, entstehende Abfälle sowie das Abwasser sind mit dem Vorhaben im Vergleich zum Status Quo nachteilige Auswirkungen verbunden, die offensichtlich geringfügig sind. Im Ergebnis ist festzustellen, dass eine Wesentlichkeit der angezeigten Änderung i. S. d. § 16 Abs. 1 BlmSchG nicht vorliegt und somit ein Änderungsgenehmigungsverfahren entbehrlich ist.





Den Anzeigeunterlagen liegt auch eine anlagensicherheitstechnische Stellungnahme einer nach § 29 b BImSchG anerkannten sachverständigen Person bei. Nach Prüfung der Anzeige gemäß § 15 Abs. 2a BImSchG ist demnach ferner festzustellen, dass gutachterlich bestätigt durch die störfallrelevante Änderung der angemessene Sicherheitsabstand zu benachbarten Schutzobjekten nicht erstmalig unterschritten, der bereits unterschrittene Sicherheitsabstand räumlich nicht noch weiter unterschritten sowie keine erhebliche Gefahrenerhöhung ausgelöst wird. Ebenfalls gutachterlich bestätigt wird der Stand der Sicherheitstechnik Die störfallrelevante Änderung bedarf somit keiner Genehmigung nach § 16a BImSchG.

Im Auftrag
gezeichnet
Kristine Jaenichen

